



22.01.2016

## **Pressemitteilung des Bürgerausschusses Zell zur vorgesehenen Erweiterung der Bebauungspläne Gewerbegebiete Obertorwasen, Neckarwiesen, Sirnau, Entennest und Zell**

Mit großer Verwunderung hat der Bürgerausschuss Zell der Vorlage zum Tagesordnungspunkt 4 der Gemeinderatssitzung am 25.01.2016 die Absicht der Stadtverwaltung entnommen, ohne Öffentlichkeitsbeteiligung die im Betreff genannten Bebauungspläne dahingehend zu erweitern, dass in den jeweiligen Plangebieten generell „Anlagen für soziale Nutzung“ für zulässig erklärt werden sollen.

Bei allem Verständnis für die bestehenden Zwänge zur Unterbringung von Flüchtlingen zeugt die Absicht der Verwaltung, diese Erweiterung zur einfacheren Realisierung von Flüchtlingsunterkünften in Gewerbegebieten bzw. zur Nutzung von Industriebrachen für die Flüchtlingsunterbringung ohne Öffentlichkeitsbeteiligung sowie ohne die sonst erforderlichen Prozesse an der betroffenen Bevölkerung vorbei zu entscheiden, von mangelndem Fingerspitzengefühl in dieser doch äußerst sensiblen Thematik.

Eine Vorabinformation der betroffenen Bürgerausschüsse wurde von der Stadtverwaltung leider ebenfalls als nicht erforderlich erachtet.

Diese Vorgehensweise ist sicher nicht die beste Basis für gemeinsame Anstrengungen von Verwaltung, Bürgern und ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit Tätigen, wie sie erst kürzlich wieder durch Oberbürgermeister Dr. Jürgen Zieger in seiner Rede auf dem Neujahrsempfang der Stadt Esslingen propagiert wurden.



---

Von den nach unserem Kenntnisstand aktuell in Esslingen untergebrachten rund 900 Flüchtlingen leben bereits derzeit rund 230 Personen (dies entspricht einem Anteil von 25%) im Stadtteilbereich von Zell. Der Bevölkerungsanteil des Stadtteils Zell an der Gesamtbevölkerung in Esslingen beträgt aber lediglich rund 5 %. Damit ist u.E. eine sozialverträgliche und integrationsfördernde Unterbringungsquote einerseits sowie die Belastungsgrenze der ehrenamtlichen Helfer andererseits in diesem Stadtteil bei weitem erreicht.

Wir gehen daher davon aus, dass der Gemeinderat am 25.01.2016 die Vorlage zum Tagesordnungspunkt 4 an die Verwaltung zurückweisen wird und diese auffordert, das Thema mit den betroffenen Bürgerausschüssen zu diskutieren sowie auch die Bevölkerung im erforderlichen Umfang in den Veränderungsprozess einzubinden.

Uwe Mäcke

1. Vorsitzender